



Ausschuss für Kommunalpolitik

13. Sitzung (öffentlich)

26. September 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: Geht das Aktienrecht der Gemeindeordnung NRW vor?

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1

- Bericht durch ORR Dohmen (IM)

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1402

Vorlagen 13/848 und 13/853

3

- Einführung durch Minister Dr. Fritz Behrens (IM)
- Nachfragen von Abgeordneten

3 Bahnflächenpool NRW

Vorlage 13/873

8

- Bericht durch StS Morgenstern (MSWKS)
- Diskussion

4 Zustimmung des Ausschusses für Kommunalpolitik gemäß § 130 Abs. 1 der Gemeindeordnung zum Erlass einer

- a) **Rechtsverordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung - KUV)**
- b) **Neufassung der Verordnung über das Wahlverfahren zur Benennung der Beschäftigten des Eigenbetriebs für die Wahl in den Werksausschuss (Wahlordnung für Eigenbetriebe - Eig-WO)**

Vorlage 13/797

Zuschriften 13/814, 13/909, 13/910, 13/913 und 13/917

13

Der Ausschuss für Kommunalpolitik stimmt der Kommunalunternehmensverordnung - Punkt a - mit den Stimmen von SPD und Grünen

gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Die Wahlordnung für Eigenbetriebe - Punkt b - wird mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP einstimmig angenommen.

5 Mehr Bürgernähe auch bei der Aufgabe der Zulassungsstelle - Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Kraftfahrzeugs-Zulassungswesens durch kreisangehörige Städte und Gemeinden

18

- Bericht durch LMR Reschke (MWMEV)

- Diskussion

6 Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte in Räten, Kreistagen und Landschaftsversammlungen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/197

Vorlage 13/710

22

MDgt Winkel (IM) berichtet über den Stand zweier Gerichtsverfahren zu dem Themenkomplex. Des Weiteren kommt der Ausschuss überein, den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion dem Paket der geplanten Änderungen der Gemeindeordnung hinzuzufügen.

7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/462

Vorlagen 13/215 und 13/660

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/457

-

Da der federführende Hauptausschuss noch seine Meinung zu dem Thema bilden will, stimmt der Ausschuss dem Vorschlag des Vorsitzenden, dieses Paket erneut zu schieben, zu.

8 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

Vorlage 13/875

23

Da eine Anhörung zu dem Punkt geplant ist, will der Ausschuss vor einer abschließenden Befassung die Ergebnisse der Anhörung abwarten.

9 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW -)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/1311

In Verbindung damit:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-westfälisch Informationsfreiheitsgesetz - IFG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/321

Vorlagen 13/639 und 13/664

24

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Drucksache 13/1311 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu. - Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/321 wird gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

10 Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/1173

In Verbindung damit:

Entschließung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1218

26

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf vorbehaltlich der Stellungnahme des DGB zu dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP zu.

11 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1284

Vorlage 13/815

-

Der Gesetzentwurf ist zwischenzeitlich bereits im Plenum verabschiedet und somit der Tagesordnungspunkt gegenstandslos geworden.

12 Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells

Antrag der Fraktion der SPD und der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/1223

28

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an; ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Ausschuss für Europa und Eine-Welt-Politik.

13 Innovative Finanzierungsmodelle für den Landesstraßenbau nutzen - Investitionsstau bei Ortsumgehungen und Radwegen abbauen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1233

31

Der Ausschuss will vor einer Beratung des Antrags das Ergebnis der Anhörung abwarten.

14 Erteilung der Betriebserlaubnis und Ausstellung eines neuen Fahrzeugscheins durch die Technische Prüfstelle bei Änderungen an Fahrzeugen - Pilotversuch -

Antrag der Fraktion der FDP

31

Nach einem Bericht durch MR Härter (MWMEV) will der Ausschuss auf Vorschlag des Antragsstellers vor einer weiteren Behandlung des Themas die angekündigten Vorschläge des Bund-Länder-Fachausschusses für Fahrzeugzulassungen abwarten.

15 Bildung und Erziehung für unsere Kinder sicherstellen - Familien stärken Ganztagsschulen flächendeckend einführen - Kinderbetreuungsangebote weiterentwickeln

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1310

32

Der Ausschuss kommt nach kurzer inhaltlicher Aussprache überein, die Debatte dieses Tagesordnungspunktes zu schieben.

16 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in NRW/Bürgerstiftung

-

Der Ausschuss will diesen Punkt erst nach der geplanten Anhörung zum Thema "Ehrenamt stärken" behandeln.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen habe bezüglich der Stadt Essen noch nicht entschieden. Möglicherweise werde es erst entscheiden, wenn Münster gesprochen habe.

Manfred Palmen (CDU) möchte wissen, wann dem Ausschuss erste Ergebnisse der Expertengruppe, die an der Evaluierung der Gemeindeordnung arbeite, vorgelegt würden. - **MDgt Winkel (IM)** antwortet, verabredet worden sei, dass zum Jahresende ein Bericht dazu geliefert werde. Die Expertenkommission werde die Beratungen zum Jahresende abschließen werde. Sobald der Abschlussbericht vorliege, werde der Ausschuss - wahrscheinlich zum Jahreswechsel - über die Ergebnisse informiert.

7 **Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/462

Vorlagen 13/215 und 13/660

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und
Volksentscheid**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/457

(siehe Beschlusstext)

8 **Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

Vorlage 13/875

Vorsitzender Jürgen Thulke merkt hierzu an, der Gesetzentwurf sei am 16. Mai an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss, den Rechtsausschuss und an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden.